

darüber hinaus es uns angelegen sein lassen, alle grundlos...

Unsere Beziehungen zu den europäischen Mächten sind...

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Japan und den...

Mit Mexiko und den südamerikanischen Staaten bestehen...

Die türkisch-deutsche Handelskammer.

Frankfurt a. M., 25. Januar. Unter Vorsitz von Konsul Dr. Rosenber...

Rundgebung der gemeinnützigen Bauvereinigungen Deutschlands.

Die gemeinnützigen Bauvereinigungen Deutschlands veranstalten...

Der Ritt in die Sonne.

Roman von Paul Rosenhahn.

„Die Anzüge“ erinnerte Reimers. „Richtig. Wir werden uns in London neue kaufen...“

Während das Jöhlen und Toben und Trampeln wie eine irrsinnige...

Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften, Prof. Albrecht-Berlin...

Nach einer regen Aussprache wurde eine Entschliessung angenommen...

Am 30. Januar weht keine englische Fahne mehr über Köln.

Köln, 25. Jan. Das städtische Presseamt teilt mit, daß die britische Flagge...

Die Amtseinführung des neuen Ministers für Ernährung.

Berlin, 25. Jan. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft...

Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz.

Berlin, 25. Jan. Nachdem das neue Kabinett gebildet ist, hat der Reichsminister...

Ein Wirtschaftsprogramm der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht...

die deutsche Produktion vor dem völligen Erliegen zu schützen...

Die Untersuchung der Marinevorgänge 1917 und 1918.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Marinevorgänge...

Zum zweiten fragt man sich: „Haben wir wirklich so viel Geld...“

Die Weltgeschichte läßt sich nicht korrigieren. Derlei Versuche...

Ueberfall auf Präsident Hörning.

Erfurt, 25. Jan. Nach Berichten aus Gotha fand dort gestern eine Rundgebung...

Fritz Jacobsen stand auf und winkte mit der Hand. Gleichzeitig hatte ihn der smarte Junge erkannt...

„Drei Cheers for Cornelius Wandergult!“ Hieronimus und Reimers...

Dann, niemand vermochte zu sagen, auf wessen Geheiß...

erreicht. Jacobsen lachte, sträubte sich, versuchte eine Ansprache...

„Bei diesem entsetzlichen Tumult versteht man sein eigenes Wort nicht...“

Der Vormajor von London begrüßte Mister Cornelius Wandergult...

Stück heu Die Wo stoff an litt der auf der jezt de Kurt d 16jährig Die Ru führte gen den fahren t welfes Sch zwischen Gattin i Stuttga nchungs jagen de Teffin i Majorat gerin, g zung an man ih Schmäge sen hab wieder schaft v erkrattet Anflage nem B kurz vo gelegt n De nie in die zuh gelegn Teffin e tisch Reg abgebe erjchosse tange tru wo der II der Fort zeigen deren a ten und stehende also au schaft bo teilung Staatsa tätlich guren. ältere d und Van Ueberleg 17jährig Stuttgan daß er daß er seiner H tun. D maile W fied v. in das I zler aus Geinisch die San 1924 ko Es war beiden J befehret Joydred am Wrad ter, der mittag De zommen ins Wed ling, de ein gme sich wor Gewehr schilt ha längste drei ha born, h ter zur Hochwal Waldrin das Ge De liegende ten hat. als ein bößlich sah, da tag, un Wawer

Der Brudermord vor Gericht.

Stuttgart, 25. Jan.

In der Kisten Kassenstadt am Neckar spielt sich heute der Schlußakt der Tressinschen Tragödie ab. Die Vorgeschichte dieses Prozesses, die wie ein Romanstoff anmutet, ist folgende: Vor einhalb Jahren erlitt der 35 Jahre alte Majoratsherr Walter v. Tressin auf der Jagd einen tödlichen Unfall, der nach der Angabe der beiden ihn begleitenden Brüder, Manfred und Kurt, dadurch entstanden sein soll, daß das von dem 16jährigen Kurt getragene

Schubereite Gewehr vor der Keder-
reichung losging.

Die Kugel traf den Majoratsherrn in den Rücken und führte seinen sofortigen Tod herbei. Das daraufhin gegen den Gewehrtäger Kurt von Tressin eingeleitete Verfahren wegen schuldloser Tötung wurde mangels Beweises wieder eingestellt.

Schon damals liefen Gerüchte über Beziehungen zwischen dem 23jährigen Manfred von Tressin und der Gattin des Majoratsherrn, einer geborenen Krause aus Stuttgart, um. In der Folgezeit bildeten diese Beziehungen Gegenstand unliebsamer Schrterungen zwischen den Tressinschen Familienmitgliedern. Manfred v. Tressin widersetzte sich energisch der Aufforderung, den Majoratsherrn, Schloß Hochberg, und damit seine Schwägerin, zu verlassen. Im Verlauf einer Auseinandersetzung entführten ihm die verhängnisvollen Worte: Wenn man ihn von Alice trenne, werde er sich und seine Schwägerin umbringen, so wie er seinen Bruder erschossen habe. Obwohl er die Selbstbeschuldigung kurz darauf wieder zurückgezogen hatte, leitete die Staatsanwaltschaft von Tübingen, bei der sein Schwager Anträge erstattet hatte, ein Verfahren gegen ihn ein. In der Anklage wird Manfred von Tressin des Mordes an seinem Bruder beschuldigt, während seinem Stiefbruder Kurt von Tressin vorher zugesagte Begünstigung zur Last gelegt wird.

Der Andrang des Publikums ist so stark, wie noch nie in Tübingen bei einem Prozeß. Von weither sind die Zuhörer mit Bahn und Auto gekommen. Die Angelegenheit in der angesehenen Familie der Barone Tressin erregt das größte Aufsehen. Auf dem Gerichtssaal regt die Mauerbühne, aus der der tödliche Schuß abgegeben worden ist, und auch die Jagdjacke, die der erschossene Freiherr Walter v. Tressin an dem Unglückstage trug. Die Schußöffnung im Rücken zeigt deutlich, wo der Schuß in den Körper gegangen ist.

Als Sachverständige sind ein Kreismedizinalrat und der Forsttrat Mann erschienen. Von den zehn geladenen Zeugen sind nur zwei der Vorladung gefolgt. Die anderen acht Zeugen sind nahe Verwandte der Angeklagten und machen von dem ihnen gesetzlich zur Verfügung stehenden Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch, also auch die Zeugen, die seinerzeit der Staatsanwaltschaft von dem Geständnis des Manfred v. Tressin Mitteilung gemacht haben. Dadurch wird die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, den Beweis der Tat zu führen, natürlich sehr erschwert.

Die beiden Angeklagten sind große, elegante Figuren. Beide befinden sich in Untersuchungshaft. Der ältere der Brüder, Manfred v. Tressin, ist 28 Jahre alt und Landwirt. Er wird angeklagt, vorsätzlich und mit Ueberlegung seinen Bruder getötet zu haben. Sein 17jähriger Bruder Kurt wurde von der Handelsschule Stuttgart weg verhaftet. Ihm legt die Anklage zur Last, daß er mit dem Bruder vor der Tat verabredet habe, daß es sei, der das Gewehr gehalten hat, und in seiner Hand sei das Gewehr losgegangen ohne sein Zutun. Diese Abrede sei unmittelbar nach der Tat nochmals wiederholt worden.

Bei der Vernehmung erklärt der Angeklagte Manfred v. Tressin, daß er im Jahre 1916 als Fahnenjunker in das Infanterieregiment 20 eingetreten sei und als Offizier aus dem Kriege zurückkam. Er lernte nach seiner Heimkehr Landwirtschaft und hat auch ein Semester lang die Landwirtschaftliche Hochschule besucht. Im August 1924 kam er zu Besuch zu seinem Bruder in Hochberg. Es war damals gerade die Blattszeit für Rebhühner. Seine beiden Brüder und er sind gemeinsam auf die Jagd gefahren. Am 4. August entfernte er sich aus dem Jagdrevier, um eine Besorgung zu machen, und kam am Nachmittag wieder. Da traf er seinen Bruder Walter, der schlechte Wanne hatte, denn er hatte am Vormittag zwei Rebhühner dorthin geschossen.

Der Angeklagte ist auf Jagd ohne Ausrüstung gekommen. Seine beiden Brüder und er führten am Abend ins Revier. Walter v. Tressin nahm neben seinem Drilling, der zwei Kugeln und einen Schrotlauf hatte, noch ein zweites Gewehr im Jagdwagen mit. Wahrscheinlich war er unsicher geworden und wollte sich auf das Gewehr nicht mehr verlassen, weil er zwei Bötte gefehlt hatte. Als sie den Wagen verließen, befam der jüngste Bruder Kurt die Mauerbühne zu tragen. Alle drei haben dann gemeinsam gepörscht. Walter ging vorn, hinter ihm kam Kurt mit der Büchse, und weiter zurück kam Manfred. Es wurde gebellert. Im Hochwald stand man schließlich etwa 50 Meter von einer Waldnische entfernt. Hinter Walter stand Kurt und trug das Gewehr.

Der Angeklagte nahm das auf dem Berichtstisch liegende Gewehr und zeigte, wie es der Bruder gehalten hat. Er selbst gibt an, daß er abseits gestanden hätte, als ein Schuß fiel. Er sah nur, wie der Bruder Kurt plötzlich aufsprang und schrie. Er holte ihn ein und sah, daß der

Bruder Walter blutend am Boden

lag, und Manfred erklärte, daß er seinem Bruder das Gewehr abnahm und ein bis zwei Klammern abgab,

um den Jagdausschreier und den Wagen herbeizuführen. Sie suchten dann den Wagen, den sie nach etwa zehn Minuten fanden. Der Bruder war inzwischen gestorben.

Die Schilderung der Vorgänge am Unglückstage entspricht seinen früheren Angaben.

Die Beziehungen zu seiner Schwägerin hatten in der Folgezeit eine Verschlimmerung durch die Beeinflussung der Familie erfahren. Es sei zu heftigen Ausritten gekommen, in deren Verlauf er seine Schwägerin verschiedene Male geschlagen habe. Die darauf folgenden Versuche, ihn von Hochberg und von seiner Schwägerin zu trennen, hätten ihn außerordentlich erbittert, so daß er sich bei einer Auseinandersetzung mit seinem Schwager, dem Obersten Schöllern, zu der Drohung habe hinreißen lassen, er werde seine Schwägerin, deren Kind und sich umbringen, so wie er seinen Bruder erschossen habe. Mit dem Geständnis wollte er nur den Eindruck erwecken, daß es ihm ernst sei mit seiner Drohung, und er habe auch nicht geglaubt, daß sein Schwager das Geständnis für wahr halten könne. Bei einem wenige Tage darauf erfolgten Zusammenreffen mit seinem Schwager sei von beiden Seiten nicht mehr über diese Angelegenheit gesprochen worden. Er habe versucht, durch die Vermittlung dieses Schwagers ein Zusammensein mit seiner Schwägerin herbeizuführen. Dies sei ihm aber an gelungen. Die ihm vom vorliegenden vorgelegte Frage, ob er sich des Mordes an seinem Bruder schuldig fühle, verneinte er.

Auch die Aussagen des jüngeren Bruders Kurt v. Tressin, der im Gegensatz zu dem älteren außerordentlich bestimmt auftritt, entsprachen seinen früheren Angaben und brachten nichts Neues. Er erklärte, daß die ihm zur Last gelegte Begünstigung des Mordes unwahr sei. Von den Beziehungen zwischen seinem Bruder Manfred und seiner Schwägerin zu Lebzeiten des Bruders Walter will er nichts gewußt haben. Auch sei ihm nichts darüber bekannt, daß es Eifersuchtszänen zwischen beiden gegeben habe.

Alle Mitglieder der Familie, die mit den beiden Angeklagten verwandt sind, machen von ihrem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Der erste Zeuge ist der Jagdausschreier Hechler, der an dem Unglückstage mit auf die Jagd gegangen ist. Er erzählt, daß der Baron Manfred v. Tressin sich am Vormittage entgegen aller Vereinbarung auf Schloß Hochberg aufhielt und nicht zur Jagd kam. Der Zeuge mußte telefonieren, damit Manfred endlich zu dem verabredeten Jagdausflug erschien. Als er dann kam, sind die drei Brüder und er zur Jagd gefahren. Beim Verlassen des Wagens hat Freiherr Walter v. Tressin selbst die Gewehre geladen. Es war seine ständige Gewohnheit, die Gewehre zu stechen und zu sichern. Baron Walter war immer sehr vorsichtig. Als sie dann auf die Birsch gingen, hat Walter zu Kurt gesagt: „Wenn ein Rebhuhn kommt, kannst du auch schießen!“ Der Zeuge hat sie bis in den Hochwald begleitet und ist dann zurückgeblieben. Einige Zeit später fiel ein Schuß, fünf Minuten später zwei andere. Kurze Zeit darauf hörte der Zeuge seinen Namen rufen. Kurt v. Tressin kam atemlos angelaufen und stotterte: „Der Schuß ist mir losgegangen. Ich habe meinen Bruder Walter erschossen!“ Hechler hat den jungen Mann das Gewehr abgenommen. Kurt v. Tressin war ganz verwirrt; er konnte nicht einmal sagen, wo der tote Baron lag. Schließlich hat Hechler einen Arzt geholt, der aber nur den Tod feststellen konnte.

Präsident: Haben Sie das Gewehr entladen?
Zeuge: Jawohl. Ich habe das Gewehr an mich genommen und habe drei Patronen noch im Magazin und eine leere Hülse gefunden.
Der Widerspruch zwischen der Aussage des Zeugen und der des Angeklagten Manfred v. Tressin, der angeblich zwei Schuß aus dem Gewehr abgegeben haben will, nachdem schon der Unglücksschuss losgegangen war, läßt sich nicht auflären.
Die nächste Zeugin ist die Schwägerin des Toten und Schwester der Witwe. Sie weiß nichts über die näheren Beziehungen der Schwester und dem Angeklagten Manfred von Tressin. Erst später erfuhr sie von solchen Beziehungen. Ihre Schwester hat ihr gesagt, daß Manfred sie sehr gern gehabt habe und sehr eifersüchtig auf sie gewesen sei.

Präsident: Wissen Sie, daß der Angeklagte Manfred v. Tressin auf andere Leute einen faszinierenden Einfluß ausgeübt hat?
Zeugin: Auf mich nicht. Ich weiß nur, daß meine Schwester sehr viel Mitleid mit ihm hatte, weil er keine Stellung finden konnte.

Der Oberst a. D. Frhr. v. Schöllern ist gleichfalls ein Schwager des erschossenen Frhrn. v. Tressin. Am 12. Oktober d. J. hatte er Manfred v. Tressin nach Stuttgart in seine Wohnung gebeten und ihm dort im Namen der vermittelnden Schwägerin mitgeteilt, daß er, Manfred v. Tressin, schnellstens das Schloß Hochberg verlassen müsse. Die Schwägerin würde erst dann nach Hochberg zurückkehren, wenn er nicht mehr dort wohne. Am anderen Tage kam Manfred von Tressin wieder zu dem Zeugen. Er war sehr erregt und wollte u. a. dem Zeugen Briefe der Schwägerin vorlesen, aus denen hervorgehen sollte, daß man ihn auf dem Schloße sehr gern weitersehe. Der Zeuge sagt, daß der Angeklagte von ihm wahrscheinlich mehr Verständnis für seine Liebesangelegenheiten erwartete. Manfred v. Tressin sagte, er habe sich sein schweres Lungenleiden nicht umsonst zugezogen. Nächste Tag habe er auf dem kalten Korridor im Schloß Hochberg vor dem Schlafzimmer des Ehepaares mit dem Revolver in der Hand gelauert und mit sich gerungen, und habe schließlich von der verhängnisvollen Tat abgesehen. Der Zeuge rief ihm, doch endlich einen Beruf zu ergreifen. Manfred antwortete ihm,

es sei ihm unmöglich, Schloß Hochberg zu verlassen. Sein Beruf sei, seine Schwägerin moralisch zu heben und ihr Kind zu einem anständigen Menschen zu erziehen. Und dann erfolgte das Geständnis von dem Mord an dem Bruder.

Präsident: Hat Manfred v. Tressin erst das Geständnis von dem Mord abgelegt, oder erst die Drohung der Erschießung der Schwägerin und ihres Kindes ausgesprochen?
Zeuge: Ich kann mich nicht mehr ganz genau darauf besinnen. Es kann auch umgekehrt gewesen sein. Ich weiß nur, daß Manfred völlig ruhig war, so daß man glauben mochte, was er sagte. Er hat auch späterhin dieses Geständnis nicht widerrufen, erst als die gerichtliche Untersuchung kam.

Medizinalrat Dr. Sayer gibt als Sachverständiger eine Darstellung des Sektionsbefundes. Nicht neben der Wirbelsäule ist die Kugel hineingegangen, hat die Hauptschlagader durchgerissen und die Lungen Schlagader schwer beschädigt. Der Tod ist sofort eingetreten. Es ist immerhin möglich, daß die Angaben des Angeklagten Kurt v. Tressin über seine Stellung und die Richtung des Gewehres im Augenblick des Schusses richtig sein können.

Bei der Vernehmung der Beamten des Schloßes Hochberg kommt zur Sprache, daß der erschossene Schloßherr Walter v. Tressin mit seiner Frau zweimal verheiratet gewesen ist. Die erste Ehe hatte nur 14 Tage gedauert. Walter v. Tressin hat seine Frau dann später wieder geheiratet. Die zweite Ehe war durchaus gut. Dasselbe wird auch von anderen Zeugen bestätigt. Bei der darauf folgenden Verlesung von Briefen, die zwischen dem Angeklagten Manfred v. Tressin und seiner vermittelnden Schwägerin gewechselt wurden, wird es klar, daß von beiden Seiten der Angeklagte Manfred von Tressin diese Freundschaft sehr überschwänglich behandelt wurde. Seine Briefe hat er mit einem großen Aufwande von Bittaten geschmückt. Der Abschiedsbrief, den die Schwägerin an ihren Schwager Manfred schrieb, und in dem sie ihn bat, das Schloß Hochberg zu verlassen, ist sehr vernünftig gehalten und bietet ihm sogar noch finanzielle Unterstützung auf die Dauer von zwei Jahren an, damit er sich endlich entschleife, einen Beruf zu ergreifen.

Freigesprochen.

In dem Prozeß beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Manfred von Tressin wegen Mordes oder Totschlags entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen, da sich nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, ob der Mord mit Ueberlegung oder ohne Ueberlegung ausgeführt worden sei. Bei Kurt v. Tressin stellte der Staatsanwalt die Verantwortung der Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts. Um 6 Uhr wurde dann das Urteil verkündet. Beide Angeklagten wurden freigesprochen.

Im Prozeß beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Manfred von Tressin wegen Mordes oder Totschlags entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen, da sich nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, ob der Mord mit Ueberlegung oder ohne Ueberlegung ausgeführt worden sei. Bei Kurt v. Tressin stellte der Staatsanwalt die Verantwortung der Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts. Um 6 Uhr wurde dann das Urteil verkündet. Beide Angeklagten wurden freigesprochen.

Zur Explosionskatastrophe in Moabit. Im Kronenpark Moabit erschien Sonntag abend der 19 Jahre alte Ernst Hippel in der Kirchstraße 9 in Moabit wohnte und seit dem Hausseinzug verschwunden war. Hippel besichtigte sich der Schuld an der Explosionskatastrophe, da er versäumt habe, den Gaszahn zu schließen. Man muß vorläufig diesen Mittelungen mißtraulich gegenüberstehen, da Hippel, der einen verblödeten und abwesenden Eindruck machte, noch in der vergangenen Nacht in die Irrenstation des Widow-Krankenhaus zur Beobachtung seines Geisteszustandes gebracht wurde.

3 Kinder ertrunken. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ aus Ratingen melden, spielen am Sonntag nachmittag fünf Kinder im Alter von fünf bis sieben Jahren in einem Steinbecken, in dem sich Wasser befand. Als die Kinder die dünne Eisfläche auf dem Wasser betraten, brachen sie ein. Auf ihre Hilferufe eilten Leute herbei, denen es gelang, zwei von den Kindern in erstarrem Zustand aus dem Wasser zu ziehen. Die übrigen drei Kinder sind ertrunken. Die Leichen sind geborgen worden.

Schweres Autounfall bei Giesleben. Ein Lastkraftwagen der Darger Kraftfahrzeuglinien der Ostbahnhöfen kam am Sonntag morgen auf der Chaussee Strenzleben-Giesleben, die ziemlich starkes Gefälle hat und die infolge des Wetters der letzten Tage stark vereist war, ins Schleudern. In einer Kurve wurde der Wagen nach links gedrückt und stürzte den ziemlich steilen Abhang eine Strecke von etwa 8 Metern herab, wobei er sich mehrfach überschlug. Von den sechs Fahrgästen wurde eine etwa 60 Jahre alte Frau sofort getötet. Der 20 Jahre alte Sohn der Frau, ein 2. Fahrgast sowie der Fahrer wurden schwer verletzt.

Drei Personen ertrunken. Wie die „Dablauer Kreiszeitung“ berichtet, hatten sich am Sonntag nachmittag vier Fischer und der einzige Sohn des Kaufmanns Wibuski aus Karlsrode mit einem Schlittenschwimmer über das Remonier-Eis zu einem Besuche nach Ollge begeben. Bei der spät nachts unternommenen Rückfahrt geriet das Fuhrwerk in eine offene Stelle und versank. Von den Insassen konnte nur die eine Tochter gerettet werden. Die übrigen Teilnehmer an der Fahrt sind ertrunken.

Mordanschlag auf einen Breslauer Dentisten. Auf den Breslauer Dentisten Bachur wurde Sonnabend Nacht zwischen 11 und 12 Uhr in seinem Laboratorium von einem oder mehreren Tätern, die sich einschlich, ein Mordanschlag verübt. Bachur war bereits in Drohbriefen die Ermordung angekündigt worden. Als er zur genannten Zeit noch in seinem Laboratorium tätig war, erfolgte plötzlich des Licht und es fielen zwei Schüsse, die Bachur schwer verletzten. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Explosion in einer Pappfabrik. In dem zu der Dirschberger Pappfabrik G. m. b. H. gehörenden Marienwerk in Arnsdorf erfolgte am Sonntag früh nach Schluß des Betriebes die Explosion eines Zylinders der Pappmaschine. Die Arbeiter hatten bereits zum größten Teil die Betriebsstätte verlassen. Ein Mann verunglückte, doch befindet er sich bereits auf dem Wege der Besserung. Durch die Gewalt der Explosion, deren Ursache noch nicht bekannt ist, wurde sowohl das Gebäude der neuerbauten Pappfabrik sowie die Maschinen vollständig zerstört, während die Holzstoffabrik unberührt geblieben ist. Der Materialschaden, der durch Verletzung gedeckt ist, ist erheblich. Der Betrieb wird unverändert aufrecht erhalten. Arbeitsentlassungen finden nicht statt.

Sächsische Minister zur Wirtschaftslage.

In der letzten Gesamtvorstandssitzung des Verbandes Sächsischer Industrieller fand in Gegenwart von Vertretern des sächsischen Wirtschafts- und Finanzministeriums eine mehrstündige Aussprache über die Wirtschaftslage statt, in deren Verlauf sowohl der Wirtschaftsminister Herr Müller als auch der Finanzminister Dr. Reinhold und Herr Ministerialdirektor Dr. Ritten vom Wirtschaftsministerium wiederholt das Wort nahmen.

Dieser führte Herr

Wirtschaftsminister Müller

folgendes aus: Wenn in den Kreisen der Industrie angenommen wird, daß es notwendig ist, dem Wirtschaftsministerium noch besondere Ausschüsse über die Schwierigkeit der jetzigen Lage zu geben, so geht diese Annahme von falschen Voraussetzungen aus. Alle die Klagen, die beim Verband Sächsischer Industrieller vorgebracht werden, gelangen täglich auch an das Wirtschaftsministerium, so daß dieses über die gegenwärtige schwierige Lage genau unterrichtet ist. Das Wirtschaftsministerium ist bemüht gewesen, überall da, wo es möglich war, Hilfe zu leisten. Auch die Denkschrift des Reichsverbandes ist von dem Wirtschaftsministerium daraufhin geprüft worden, inwieweit die darin aufgestellten Forderungen zur Durchführung einer Erleichterung der Lage geeignet und durchführbar sind. Seiner Meinung nach ist ein Teil dieser Forderungen sehr beachtlich und ihre Durchführung wohl geeignet, Erleichterung der Lage zu schaffen. Auf der anderen Seite enthält die Denkschrift Forderungen, die zwar vom industriellen Standpunkt aus begründet, aber jetzt nicht durchführbar sind, weil noch wichtige Voraussetzungen für einen schnellen Aufbau der Wirtschaft fehlen. Als vor etwa zwei Jahren eine glänzende Prosperitätsperiode für die Industrie einsetzte, hat der Minister bereits davor gewarnt, hieraus falsche Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, denn diese damalige Verblüffung ist nur zu erklären aus der Notwendigkeit der Auffüllung der Inlandsbedürfnisse, die in den letzten zehn Jahren nicht befriedigt werden konnten. Der relativ gute Gang des Geschäftes in den hinter uns liegenden zwei Jahren war nicht ausschlaggebend beeinflußt durch deutliche Lieferungen für den Weltmarkt, sondern in der Hauptsache hervorgerufen durch Lieferungen an den Inlandmarkt, und es war schon damals jedem Einsichtigen klar, daß, sobald diese Bedürfnisse aufgeföhlt sein würden, ein weitgehender Rückschlag eintreten müßte. Der Minister beschäftigte sich dann mit den von verschiedenen Seiten gemachten Ausführungen über die Notwendigkeit, den Parlamenten gegenüber durch die Regierung Widerstand zu leisten, wenn dort Unvernünftiges gefordert wird und betont, daß es ganz gleich, ob man dies bekräftigt oder bedauert, doch im Charakter des parlamentarischen Systems liegt, daß die Regierung von den politischen Parteien in weitgehendem Maße abhängig ist. Diese Tatsache lasse sich nicht aus der Welt schaffen und ihr müsse natürlich auch die Regierung Rechnung tragen. Was die Frage der Steuerbelastung angeht, so ist nach Ansicht des Ministers unverkennbar, daß eine starke steuerliche Belastung der Industrie zurzeit vorhanden ist. Das trifft aber heute alle Kreise und ein Abbau einzelner Steuern würde nur möglich sein, wenn auf andere Weise Ersatz geschaffen werden könnte. Aber bevor wir nicht die Möglichkeit haben, den Auslandsmarkt zu beleben, fürchtet der Minister, daß auch bei Abbau der Besteuerung nicht ohne weiteres ein Wiederaufstieg der Wirtschaft eintreten würde. Im übrigen ist nach Ansicht des Ministers zu berücksichtigen, daß man zwar auf der einen Seite immer verlangt, daß abgebaut wird, daß aber andererseits in allen Anregungen, auch in denjenigen der Industrie, der Regierung immer wieder neue Aufgaben zugewiesen werden, die eine neue Belastung mit sich bringen. Für wichtiger hält der Minister die Vorschläge, die gemacht worden sind zur Umstellung der Industrie und der Landwirtschaft. Die Industrie hat einer Meinung nach in der Inflationszeit tatsächlich eine Ausdehnung angenommen, die mit dem Bedarf nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis steht, denn obwohl der Markt sich wesentlich verkleinert hat, besitzen wir mehr Produktionsstätten als früher. Das bedeutet eine erhebliche Belastung der Produktion. Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß eine Reihe von Industriezweigen ihren Absatz dauernd verloren hat, weil die Länder, nach denen vor dem Kriege diese Artikel geliefert wurden, die für sie gültige Konkurrenz dazu benutzt haben, um sich eigene gleiche Industrien heranzuziehen. Auch ist es den valutaschwachen Ländern gelungen, durch ihre wesentlich günstigeren Angebote den Markt an sich zu reißen. An diesen Tatsachen kann man nicht vorbeigehen. Selbstverständlich wird aber das Wirtschaftsministerium nach wie vor alles tun, um der Industrie sowohl bei dieser Umstellung als auch überhaupt bei der Überwindung der jetzigen schwierigen Verhältnisse behilflich zu sein, soweit dies nur irgendwie in seinen Kräften steht.

Auch der

Finanzminister Dr. Reinhold

nahm in diesen Verhandlungen wiederholt das Wort. Seine Ausführungen betrafen zunächst die Beantwortung aus der Versammlung gestellter Anfragen. Bei der Beurteilung der Gesamtlage durch die sächsische Regierung ging Dr. Reinhold zunächst auf die Zuständigkeitsfrage ein und wies darauf hin, wie wenig zu den meisten Fragen die sächsische Regierung von sich aus selbständig vorgehen könne, da es sich meist um die Auswirkung von Problemen handele, die im Reich entschieden würden. Er führte dann weiter etwa folgendes aus:

Der vom Syndikus des Verbandes formulierte Vorschlag, daß Sachsen sich an den Reichstag wenden solle, um auf diesem Wege von Regierungseite aus die Initiative zur schnellen Durchführung der unbedingt notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, als dies im Reichstag bei der parteipolitischen Einstellung zu erwarten ist, erhebe auf den ersten Blick außerordentlich zweckmäßig. Die Schwierigkeit, auf diesem Wege etwas zu erreichen, liegt aber auf der anderen Seite in der Abhängigkeit der Reichsratsmitglieder von den Instruktionen ihrer Regierungen, die naturgemäß bei der Verschlepptheit der einzelnen Länder und der parteipolitischen Zusammengehörigkeit ihrer Regierungen nur in den seltensten Fällen eine homogene sein dürfte. Wirklich durchgreifende Maßnahmen können deshalb nur von führenden Persönlichkeiten der Regierung durchgeführt werden, die das, was sie für richtig und notwendig halten, auch im Reichstag durchzusetzen wissen. Deshalb ist unbedingt zu wünschen, daß nun endlich im Reich eine Regierung gebildet wird, daß eine schwere Notlage, namentlich auch in Sachsen, vorhanden ist, bedarf

seiner besonderen Erörterung und der Wirtschaftsminister hat schon darauf hingewiesen, daß die sächsische Regierung über den Umfang dieser Forderungen ausreichend unterrichtet ist. Welche Entwicklung die Verhältnisse genommen haben, geht am besten daraus hervor, daß bei weiterem Steigen der Erwerbslosenziffer in dem Umfange der letzten Wochen für den Monat Februar mit einer Erwerbslosenunterstützung von etwa 12 Millionen Mark für Sachsen zu rechnen ist, was im Jahre 1920 160 Millionen Mark ausmachte, also etwa das Dreifache des Friedertrages der gesamten sächsischen staatlichen Einkommensteuer. Der Minister betont weiter, daß er, so schwierig die Lage gegenwärtig auch ist, den uferlosen Pessimismus, der in der Gesamtvorstandssitzung des Verbandes Sächsischer Industrieller teilweise zum Ausdruck gekommen ist, nicht teilt. Die gegenwärtige Krise ist seiner Meinung nach in erster Linie eine Finanzkrise. Es muß ausgegeben werden, daß die weitere Erhöhung von Steuern durch Schließung der Wege selbstverständlich erachtet, so daß auch andere Dinge hierbei mitzuzählen, aber ausschlaggebend ist die Geldkrise, und es besteht Grund zur Annahme, daß diese Geldkrise ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Gründe für die Geldkrise liegen in unserer Verarmung durch den verlorenen Krieg und ferner in verschiedenen Fehlerquellen in der Wirtschaft selbst, denn die Wirtschaft hat in der Inflation und Deflation zwar ihr Immobilienkapital und ihr Warenkapital erhalten, dagegen ihr Betriebskapital vollständig verloren. Dazu kommt, daß die Reichsbank, die ja nach Verordnung der Inflation als ihr Hauptziel die Erhaltung der Stabilität der Währung vor Augen haben mußte, zu diesem Zwecke scharfe Kreditrestriktionen und eine Hochhaltung des Zinsfußes durchführte. Hier muß jetzt eine Lockerung eintreten. Wir müssen verlangen, daß bei den Diskontierungen der Reichsbank nicht mikrotraktische und schematische Ermäßigungen ausschlaggebend sind, sondern man den wirtschaftlichen Erfordernissen den Vorrang gibt und daß insbesondere nicht der willkürliche Stichtag für das Kreditkontingent einer bestimmten Firma weiter maßgebend bleibt. Es muß weiter erfolgen eine Diskontherabsetzung, da jetzt die bisher drohende Gefahr der Abwanderung ausländischer Depositen aus Deutschland nicht mehr so groß ist, denn es ist für uns gegenwärtig die Hauptsache, daß wir nicht so hohe Zinsen aufzubringen haben. Die Zinsbelastung übertrifft gegenwärtig in vielen Fällen die Steuerbelastung noch erheblich.

Zu den notwendigen Maßnahmen gehört noch ferner die Erleichterung der Einföhrung fremden Kapitals nach Deutschland. Der Minister betont hierbei, daß er persönlich zwar gegen ausländische Anleihen an Kommünen stets die allergrößten Bedenken erhoben habe, weil dort der Verwendungszweck oft nicht in Einklang mit der Not der Zeit stand oder wenn die Summen für andere einwandfreie Zwecke verwendet wurden, dann andere Mittel freigelegt wurden, die ebenfalls zu nichtproduktiven und wertloschöpfenden Zwecken ausgegeben wurden. Da, wo aber der Verwendungszweck wirklich produktiv ist, muß nach Ansicht des Ministers die Einföhrung fremden Kapitals erleichtert werden. Der Minister geht dann ein auf die von industrieller Seite vorher gemachten Ausführungen über die Landes-Brandbrief-Anstalt und teilt mit, daß am Tage der Vorstandssitzung (12. Januar) endlich der amerikanische Anleihenvertrag für die Landes-Brandbrief-Anstalt unterzeichnet worden ist, jedoch im nächsten Monat mit der Auszahlung der auf 20 Jahre fest gegebenen hypothekensicheren Darlehen an die Industrie begonnen werden kann. Nach dieser Richtung hin erhofft der Minister eine gewisse Erleichterung der Lage für Sachsen.

Daneben ist natürlich, wie von industrieller Seite betont wurde, ein Abbau und eine wesentliche Wenderung der Steuerpolitik notwendig und von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage. Der Minister tritt der allgemeinen verbreiteten Ansicht entgegen, als wenn die bisherige Steuerpolitik die alleinige Ursache für die schlechte Wirtschaftslage ist. Er betont sich aber ausdrücklich zu der Ansicht, daß sie eine der wichtigsten Ursachen für das Verarmen der Wirtschaft darstellt. Denn durch die hohen Steuern ist der Industrie gerade das Kapital, was aus den Kriegsjahren und der Inflationszeit von der Industrie noch gerettet werden konnte, weggenommen worden und da die Industrie mit Immobilien nicht bezahlen kann und auf die Immobilien Gelder überhaupt nicht in ausreichendem Maße oder nur mit so hohen Verlusten zu beschaffen sind, daß dadurch eine Produktion ebenfalls unmöglich wird, andererseits die Abnehmerkraft lange Ziele verlangt, so hat die Industrie gerade hierdurch nicht nur jede Bewegungsfreiheit verloren, sondern es ist ihr auch in sehr vielen Fällen überhaupt die Grundlage für die Finanzierung der an sich vorhandenen Aufträge genommen worden. Hinsichtlich der Revision der Steuerpolitik verweist der Minister auf die Ausführungen, die er in einer früheren Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller im Dezember gemacht hat und stellt nochmals die Forderung, daß bei der zukünftigen Gestaltung der Steuerpolitik in erster Linie festgestellt werden muß, wieviel die deutsche Wirtschaft an Steuern aufbringen kann und daß danach die Ausgaben und die zu erhebenden Steuern zu bemessen sind und daß nicht umgekehrt erst die Ausgaben festgestellt werden und dann einfach solche Steuern erhoben werden, wie zur Deckung dieser Ausgaben notwendig sind. Er betont weiterhin die Notwendigkeit einer weitgehenden Revision, Vereinfachung und Vereinfachung bei der Veranlagung der Steuern und sieht als einen Fortschritt zu der letzten im Reichstag angenommenen Finanzreform, die sonst im großen und ganzen nicht als sehr glücklich bezeichnet werden kann, das Bewertungsgefes an, weil dadurch wenigstens für alle Stellen, die Steuern zu veranlagen haben, bestimmte Bewertungsrichtlinien aufgestellt sind und nicht jede Stelle nach ihrem eigenen Ermessen die Bewertung festsetzt, wodurch daselbe Steuerobjekt von den verschiedenen Steuererhebungsstellen ganz verschieden bewertet wird und der Wille zu einem Teil für und Tor gegeben ist. Der Minister besaßte sich dann eingehend mit der Verwendung der Gelder durch die öffentlichen Hand. Er stimmt hierbei inbezug auf die Einschränkung der Länder- und Gemeindeausgaben im großen und ganzen dem zu, was der Reichsverband der Deutschen Industrie in seinem Programm sagt. Das Land Sachsen hat seit zwei Jahren keine Aufkäufe von Privatbetrieben usw. vorgenommen.

Bei der Aufstellung des neuen sächsischen Haushaltsplanes ist es erstmalig gelungen, den Zuschußbedarf durch Sparmaß-

regeln zu vermindern, und zwar um ca. 14 Millionen, während die meisten Ausgaben des Staats zwangsläufig sind und alle 44 1/2 Millionen für gesetzliche Waisegeelder und Pensionen aufzuwenden sind wobei eine Belastung von 7 Millionen ist, die im Vorjahre abgebauten Beamten inbegriffen ist. Die neue Etat bringt auch erstmalig eine Verminderung der Beamten, und zwar ist dies dadurch erreicht worden, daß durch einen Beschluß des Kabinetts zu jeder Neueinstellung eine Staatsbeamten die Genehmigung des Finanzministeriums nötig ist, das in jedem Falle zusammen mit dem Ressortministerium nachprüft, ob es nicht durch Zusammenlegung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates möglich ist diese Beamtenstelle einzusparen. Es wird auf organische Weise zur zulässigen Grenze allmählich eine Verringerung der Beamtenschaft durchgeführt.

Es ist zu hoffen, daß der sächsische Landtag die Sparmaßnahmen der Regierung unterstützt, wofür bedauerlicherweise in den letzten Jahre Bitte geworden ist, daß die Parlamente die Regierung zu immer neuen Ausgaben drängen. Während früher die Regierung der Volksvertretung die Bewilligung des Etats Punkt für Punkt abringen mußte, besteht heute eine der Hauptaufgaben des Finanzministers darin, bei den Ausgaben die Rücksicht auf die Staatsfinanzen immer wieder zu betonen und, soweit es nötig ist, Ausgaben für an sich wünschenswerte Zwecke, die wir uns aber bei unserer Verarmung nicht leisten können abzulehnen. Der Minister betont zum Schluß nochmals, daß, wie er schon eingangs ausgesprochen hat zu einem uferlosen Pessimismus seiner Meinung nach keine Ursache vorliegt, sondern daß im Gegenteil, wenn die von ihm als notwendig aufgestellten Forderungen von Regierungseite mit rücksichtsloser Energie durchgeführt werden, man doch auf eine allmähliche Besserung der Verhältnisse hoffen kann.

Herr Ministerialdirektor Dr. Ritten vom sächsischen Wirtschaftsministerium, der im Laufe der Verhandlungen ebenfalls das Wort nahm, verweist zunächst auf die Ausführungen der Wirtschaftsminister und der Finanzminister vor ihm gemacht haben und sagt auch seinerseits nochmals, daß das Wirtschaftsministerium eingehend die Frage prüfen würde, was gezeichnet kann, um nach der von der Industrie gewünschten Richtung hin Erleichterung für die Industrie zu schaffen und dadurch zu einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage beizutragen. Es wird vom Wirtschaftsministerium auch die Frage erörtert werden, inwieweit der von der Industrie vorgeschlagene Weg über den Reichsrat hierfür in Frage kommt. Die Kernfrage ist nach seiner Ansicht die: „Wie können wir die Krise beistimmen?“ und die Antwort muß in erster Linie lauten: „Durch, daß wir der Industrie billige Geld schaffen.“ Die Industrie kann verlangen, daß die Mittel die von ihr in die allgemeinen Kassen fließen, auch in weitestem Umfange der Wirtschaft wieder nutzbar gemacht werden. Das, was in der Denkschrift des Reichsverbandes über das Kreditwesen gesagt ist, teilt allerdings für Sachsen nicht ausschließlich zu. Von der Sächsischen Staatsbank sind sehr erhebliche Beträge in die Industrie geflossen und auch die sächsischen Grafen, deren Tätigkeit in vielfach umstritten ist, haben doch das Gute daß das Geld nicht an die großen Bankzentralen in Berlin gegangen ist, von wo es nur zu einem geringeren Teil der sächsischen Wirtschaft wieder zugeführt worden wäre, sondern daß es über die Grafen hinweg in weitestem Umfange dem sächsischen Wirtschaftsleben dienlich gemacht werden konnte. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dieser letztere Grundgedanke, das aus Sachsen kommende Geld wenigstens anteilig dem sächsischen Wirtschaftsleben wieder zuzuführen, auch nach anderer Richtung hin durchgeführt würde, z. B. bei der Auszahlung der Gelder der Angestelltenversicherung, der Post etc. Es muß seiner Meinung nach eine Stelle geschaffen werden, die hierüber eine gewissen Kontrolle ausübt. Er betont nochmals die schon von dem Minister Müller ausgesprochene Vereinfachung des Wirtschaftsministeriums, der Industrie in der jetzigen schwierigen Zeit in jeder Weise helfend zur Seite zu stehen und zu diesem Zwecke, wie dies auch bisher schon gesehen sei, mit dem Verband Sächsischer Industrieller in enger Föhrung zu bleiben.

Von den Vertretern der Industrie wurde dem Herren von der Regierung an Hand von Beispielen aus der Praxis einbringlich vor Augen geführt, wo die Ursachen der gegenwärtigen Krise liegen und durch welche Maßnahmen eine schnelle Beseitigung der Schwierigkeiten möglich ist. Es wurden hierbei auch zahlreich sehr interessante Angaben über die Belastung der Produktion durch Steuern und soziale Lasten gemacht, von denen nachfolgend einige Beispiele angeführt werden sollen. Die Belastung, die durch Steuern auf 1 Kilogramm Garn, ruht habe im Jahre 1913/14 19 Pfg., im Jahre 1924 81 Pfg. betragen und zwar ohne Umsatzsteuer. Mit Umsatzsteuer würde sie ungefähr 1 Mark betragen, also fast 400 Pfg. 500 Prozent steigen, was vor dem Kriege an steuerlicher Belastung vorhanden war. Auch die sozialen Beiträge wirken hemmend auf den Export, namentlich in der Konkurrenz mit Belgien, Frankreich und Italien. Pro Kopf des beschäftigten Arbeitnehmers Betrag der Arbeitgeberbeiträge

	im Jahre 1913	im Jahre 1924
Krankenversicherung	Mark 7,—	Mark 20,—
Invalidenversicherung	Mark 8,—	Mark 14,—
Unfallversicherung	Mark 2,50	Mark 3,40

Hierzu kommen noch der Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge, für den eine Vergleichsmöglichkeit mit dem Jahre 1913 nicht vorhanden ist, der aber jetzt pro Kopf des Arbeiters 8,30 beträgt, wobei die in Betracht gezogenen Beiträge jetzt pro Kopf des Arbeiters Mark 47,50 an sozialen Beiträgen zu leisten haben, gegenüber Mark 21,00 im Jahre 1913. Interessant ist auch das Ergebnis, wenn man diese Beiträge in Verbindung mit der effektiven Produktion bringt.

Für 10 Kilogramm Garn stellen sich die Beiträge im Jahre 1913 auf 4,1 Pfg., im Jahre 1924 auf 10,35 Pfg. Am höchsten ist hierbei die Steigerung der Beiträge für die Krankenversicherung. Sie beträgt 235 Prozent. Auch die anteilige Berechnung der Löhne zeigt ähnliche Ergebnisse, denn der Lohnanteil für Verarbeitete von 1 Kilogramm Garn betrug im Jahre 1913 1,33 Mark Lohn und 28 Pfg. an Gehältern, im Jahre 1924 2,01 Mark an Lohn und 44,5 Pfg. an Gehältern. Das bedeutet eine Steigerung von etwa 54 Prozent. In einem anderen Falle betrug die Belastung mit Steuern früher 2,8 Prozent vom Umsatz, heute 11 Prozent. Ebenso waren die Anteile der betreffenden Firma, bei denen der Lohnanteil 33 1/2 Prozent ausmachte, in dem Lohnanteil um 100 Prozent höher belastet als vor dem Kriege. Wenn man hierzu noch die höheren Frachten und alle hierzu kommenden höheren Unkosten durch erhöhte Beschäftigung aller Art

(Fortsetzung siehe Hauptblatt dritte Seite.)

